

## 4.5 Frieden, Demokratie, Selbstbestimmung? Der Völkerbund

A general association of nations must be formed under specific covenants for the purpose of affording mutual guarantees of political independence and territorial integrity to great and small states alike.

Woodrow Wilson<sup>360</sup>

Der letzte der Vierzehn Punkte, welche die Friedensziele des US-amerikanischen Präsidenten Wilson definierten, sah die Gründung einer übergeordneten internationalen Organisation vor – einen *Völkerbund* (engl. *League of Nations*, franz. *Société des Nations*), durch welchen auf der Grundlage des »Selbstbestimmungsrechts der Völker« die unterschiedlichen Nationen gemeinsam sein Ideal der langfristigen Friedenssicherung verwirklichen konnten, als konsequente Folge des »war to end all wars«. Im Laufe des Jahres 1918 etablierte sich dieses Ziel als alternativlos für Wilson und seine Delegation, die sich selbst die Rolle des internationalen Schiedsrichters zuschrieben, und erhielt oberste Priorität.<sup>361</sup> Auch Großbritannien und Frankreich befürworteten die Idee eines Völkerbundes, allerdings verbanden alle Mächte mit der Idee einer internationalen Organisation auch ihre je eigenen nationalen Interessen. Für Frankreich, das von Léon Bourgeois, einem glühenden Verfechter des Völkerbundes, vertreten wurde, standen dabei – wenig verwunderlich – in Anlehnung an das wichtigste französische Friedensziel die Sicherheitsinteressen der eigenen Nation im Vordergrund:

»Ein Friedensvertrag mit Deutschland musste für Frankreich Sicherheit schaffen, und eine internationale Organisation unter Beteiligung der USA konnte, ja musste diesen Frieden dann nicht nur stabilisieren, sondern auch garantieren.«<sup>362</sup>

Für Großbritannien sollte eine internationale Organisation nicht nur Kriege verhindern und den Frieden sichern, sondern auch die imperiale Weltordnung stabilisieren und dazu beitragen, den britischen Großmachtstatus zu erhalten. Lord Robert Cecil, Unterstaatssekretär des Londoner Foreign Office und späterer Präsident

---

360 Wilson, Woodrow: Adress to a Joint Session of Congress on the Conditions of Peace, January 8, 1918, vollständiger englischer Text, in: Peters, Gerhard/Woolley, John T.: *The American Presidency Project* (o.): <https://www.presidency.ucsb.edu/documents/address-joint-session-congress-the-conditions-peace-the-fourteen-points> [17.8.2020].

361 Conze, *Illusion*, S. 228.

362 Ebd., S. 230.

des Völkerbundes, setzte sich auf britischer Seite am ausgiebigsten für den Völkerbund ein und legte eine Idee zu dessen Organisation vor, auf die Wilson in seinem Entwurf später in großem Umfang zurückgriff. Als Abgeordnete des Empire hatten außerdem der Premierminister der Südafrikanischen Union, Jan Christiaan Smuts, und die Regierungschefs aus Neuseeland (William Massey), Australien (Billy Hughes) und Südafrika (Louis Botha) maßgeblichen Einfluss auf die Organisation und Zielsetzung des Völkerbundes. Smuts schrieb dem Völkerbund eine Zivilisierungsmission durch die weißen, europäischstämmigen Völkerbundsmitglieder gegenüber den nichtweißen Völkern zu, denen nach seiner Ansicht die Fähigkeit zur Selbstregierung erst noch vermittelt werden musste. Seine Ausführungen begründeten die Umwandlung der vormals deutschen Kolonien und arabischer Teile des ehemaligen Osmanischen Reiches in Mandate, die offiziell dem Völkerbund unterstellt waren, faktisch jedoch die Gebiete unter den imperialen siegreichen Mächten – vor allem Großbritannien und Frankreich – lediglich neu aufteilten. Die Position Smuts' zeigt beispielhaft den Versuch einer imperialen Macht, »die Idee nationaler Selbstbestimmung einerseits zur Grundlage einer internationalen politischen Ordnung zu machen und andererseits die potentiell gefährlichen Auswirkungen eines universellen Selbstbestimmungsrechts auf imperiale Herrschaft, europäische Dominanz und weiße Suprematie zu kontrollieren.«<sup>363</sup> Dies manifestierte sich in Artikel 22 der Völkerbundsatzung, nach der es Gesellschaften gab, »die noch nicht imstande sind, sich unter den besonders schwierigen Verhältnissen der modernen Welt selbst zu leiten« und die sich deshalb einer »Vormundschaft« durch »die fortgeschrittenen Nationen« unterordnen sollten<sup>364</sup>. Es zeigte sich aber auch an der Zusammensetzung der Völkerbundscommission, in der die europäischen Staaten das Übergewicht besaßen, sowie daran, dass die Völkerbundsatzung die Mitgliedschaft im Völkerbundsrat auf die Großmächte Frankreich, Großbritannien, Italien und Japan begrenzte. Das japanische Anliegen, die »Gleichstellung der Rassen« in die Völkerbundsatzung aufzunehmen, war bereits während der Friedensverhandlungen zurückgewiesen worden.<sup>365</sup> Hinzu kam, dass den unterlegenen Mächten und der Sowjetunion zunächst die Mitgliedschaft im Völkerbund verweigert wurde. Beides diskreditierte den Bund bereits im Vorhinein zu einem Machtinstrument der siegreichen Staaten, das es erlaubte, die Dominanz der imperialen Mächte aufrechtzuerhalten.

Der Vorschlag Jan Smuts' wurde weitestgehend umgesetzt, wodurch die ehemaligen deutschen Kolonien und die arabischen Provinzen des Osmanischen Reiches als Mandate dem Völkerbund unterstellt wurden. Gerechtfertigt wurde dies mit den gleichen Argumenten, die bereits die direkte Kolonialherrschaft begründet

363 Ebd., S. 236ff.

364 Friedensvertrag, Artikel 22 Völkerbundsatzung, S. 24.

365 Steiner, Lights, S. 45.

hatten – mit der vorgeblichen Unterstützung bei der Entwicklung und Zivilisierung rückständiger Völker.<sup>366</sup> Als Mandatsmächte wurden in erster Linie Großbritannien und Frankreich eingesetzt, die mit der Legitimation der internationalen Staatengemeinschaft de facto ihre kolonialen Imperien vergrößerten: Das britische Empire erreichte nach dem Ersten Weltkrieg seine größte Ausdehnung.

Der Erste Weltkrieg, in dem auch zahlreiche Personen aus den Kolonien im Namen der Großmächte eingesetzt worden waren, hatte andererseits jedoch bereits das Unabhängigkeitsstreben geweckt, das sich mit der Fortsetzung des kolonialen Status nach den Friedensschlüssen verstärkte und spätestens nach dem Zweiten Weltkrieg dazu führte, dass die Kolonial- und Mandatsmächte die (ehemaligen) Kolonien nach und nach in die Unabhängigkeit entlassen mussten. Anders sah die Situation im Nahen und Mittleren Osten aus, wo bereits während der Kriegszeit zum Zweck der Bündniskoalition für den Kriegserfolg der Alliierten in mehreren voneinander unabhängigen Abmachungen, Versprechungen und Geheimverträgen das Gebiet unterschiedlichen Interessengruppen zugeteilt worden war (Sykes-Picot-Abkommen 1916, Balfour Declaration 1917). Dies führte nach dem Krieg zu Missverständnissen und Konflikten. Die grundlegende Frage nach der Zuteilung des palästinensischen Gebietes (britisches Mandat 1920 bis 1948, danach Gründung des Staates Israels) im Nahostkonflikt ist bis heute nicht abschließend geklärt.<sup>367</sup> In der Tatsache, dass das Mandatssystem des Völkerbundes dazu beitrug, dass manche Weltregionen bis heute nicht stabilisiert werden konnten, zeigt sich die enorme Relevanz der internationalen Nachkriegsorganisation für die Gegenwart.

Eine weitere Bedeutung in völlig anderer Hinsicht hatte der Völkerbund für Deutschland. Die Neuaufteilung der ehemals deutschen Kolonien wurde offiziell damit gerechtfertigt, dass man Deutschland, dass sich selbst als »großes Kulturvolk« verstand<sup>368</sup>, die Fähigkeit absprach, vermeintlich »unzivilisierte« Staaten unterstützen zu können. Man unterstellte den Deutschen, sich selbst gegenüber der Kolonialbevölkerung in der Vergangenheit unzivilisiert und skrupellos verhalten zu haben:

»[...] [D]ie Geschichte dieser deutschen Oberherrschaft, die Traditionen der deutschen Regierung und die Art und Weise, in welcher die Kolonien verwandt wurden [...] machen es den Alliierten und Assoziierten Mächten unmöglich, Deutsch-

366 Vgl. Conze, Illusion, S. 261.

367 Vgl. Ebd., S. 257ff., 267ff.

368 Vgl. Bemerkungen der deutschen Delegation zu den Friedensbedingungen, in: Materialien, betreffend die Friedensverhandlungen, Teil III, V.25., hg. v. Auswärtiges Amt. Geschäftsstelle für die Friedensverhandlungen, Berlin o.J.

land die Kolonien zurückzugeben oder dem Deutschen Reiche die Verantwortung für die Ausbildung und Erziehung der Bevölkerung anzuvertrauen.«<sup>369</sup>

Zudem wurde in der Mantelnote des Versailler Vertrages im Zusammenhang mit der Frage nach den Kriegsursachen die Zivilisiertheit der Deutschen selbst infrage gestellt:

»Nach der Anschauung der Alliierten und Assoziierten Mächte ist der Krieg, der am 1. August 1914 zum Ausbruch gekommen ist, das größte Verbrechen gegen die Menschheit und gegen die Freiheit der Völker gewesen, welches sich eine für zivilisiert ausgehende Nation jeweils mit Bewußtsein begangen hat.«<sup>370</sup>

Die Verurteilung erreichte mit dem damit verbundenen Vorwurf der Kriegsschuld eine moralische Dimension, traf deshalb die deutsche Ehre besonders hart und rief Wut, Enttäuschung und den Wunsch nach Revision hervor. Beides hatte nicht nur juristische Konsequenzen, sondern symbolisierte den Ausschluss Deutschlands aus der Gemeinschaft der europäischen Staaten.<sup>371</sup> Dies manifestierte sich zusätzlich in der vorläufigen Nichtaufnahme Deutschlands in den Völkerbund. Der Vorwurf der Unzivilisiertheit taugte den siegreichen Mächten zu zweierlei: als Untermauerung des Vorwurfs der Kriegsschuld und als Rechtfertigung des Mandatssystems des Völkerbundes, durch das die siegreichen Mächte die deutschen Kolonien wie eine Kriegsbeute untereinander aufteilen und vor allem Großbritannien und Frankreich ihren imperialen Machtbereich ausdehnen konnten. In Deutschland waren »Kolonialschuldlüge« und »Kriegsschuldlüge« hochexplosive Narrative und prominenter Gegenstand der Anti-Versailles-Propaganda. Die Bedeutung der kolonialen Verluste und vor allem die Begründung mit moralischen Motiven ist Teil der symbolisch-moralischen Verurteilung der Deutschen, die sich in das nationale Gedächtnis eingegraben und dafür gesorgt hat, dass die Debatte um die Kriegsschuld in Deutschland heute teilweise immer noch emotional geführt wird.

Am 10. Januar 1920 wurde der Völkerbund schließlich ratifiziert. Die Satzung wurde in alle fünf Friedensverträge zwischen den siegreichen und unterlegenen Mächten aufgenommen. Die 42 Gründungsmitglieder hatten sich schließlich auf folgende Aufgaben des Bundes geeinigt: Frieden durch allgemeine Abrüstung, Verpflichtung zur friedlichen Beilegung von Konflikten, gegenseitige Schutzverpflichtung als Teil des Konzepts der kollektiven Sicherheit. Trotz des Anspruches, eine übergeordnete internationale Organisation zu sein, wurden Universalität und damit politische Verbindlichkeit nie ganz erreicht, da einige wichtige Staaten nie oder nur zeitweise Mitglieder waren. Deutschland wurde erst 1926 aufgenommen und

369 Friedensvertrag, S. 9.

370 Ebd., S. 1.

371 Conze, *Illusion*, S. 267.

trat 1933 wieder aus, die Sowjetunion trat erst 1934 bei und wurde 1939 nach einem Angriff auf Finnland wieder ausgeschlossen.

Innenpolitischen Spannungen ist es geschuldet, dass außerdem die USA dem Völkerbund nicht beitraten. Wilsons politische Gegner, allen voran Henry Cabot Lodge, befürchteten, durch den Völkerbund zu sehr in europäische Angelegenheiten verstrickt zu werden, und sahen die nationale Souveränität der USA bedroht. Wilson setzte sich bis zur vollständigen Erschöpfung für den Völkerbund ein, indem er im Herbst 1919 quer durchs Land reiste, um die Bevölkerung von seinem Vorhaben zu überzeugen. Doch der Senat entschied sich im März 1920 endgültig gegen den Völkerbund und damit auch gegen den Versailler Vertrag und alle anderen Friedensverträge mit den unterlegenen Mächten. Der Nichteintritt der USA in den Völkerbund schwächte diesen zusätzlich, da er seine Legitimität untergrub und den anderen Mächten weder wirtschaftliche und militärische Sicherheit noch diplomatisches Gewicht gewährleistete: Von da an standen als »liberal verfasste Großmächte nur Großbritannien und Frankreich gegen die erstarkenden totalitären Mächte in Europa.«<sup>372</sup>

Schließlich konnte der Völkerbund die aggressive Expansionspolitik Deutschlands, Italiens und Japans nicht eindämmen und den Zweiten Weltkrieg nicht verhindern. Dazu trug jedoch auch maßgeblich die Appeasement-Politik der Großmächte bei, der zumeist nationale Situationen und Interessen zugrunde lagen. Trotzdem wurde der Völkerbund nach 1945 zunächst vor allem als »gescheiterter Versuch einer internationalen Staatenorganisation zum Zwecke der Friedenssicherung« bewertet<sup>373</sup> und am 18. April 1946 von seinen Mitgliedern aus 34 Staaten selbst aufgelöst. Der Völkerbund war mit Erwartungen überfrachtet gewesen und hatte gleichzeitig zu wenig Kompetenzen, um erfolgreich sein zu können. Deshalb gelang ihm lediglich die Vermittlung in kleineren Konflikten, er hatte aber kaum eine Handhabe, wenn Mitglieder die Kooperation verweigerten, wie Japan 1931 (Überfall auf die Mandschurei), Italien 1936/37 (Abessinien) und Deutschland ab 1933.<sup>374</sup>

Doch den Völkerbund auf seine Misserfolge zu reduzieren, würde zu kurz greifen. Denn es wurden friedenssichernde Maßnahmen außerhalb der klassischen Diplomatie in den Vertrag aufgenommen, die vor allem die Bereiche des Sozial-, Gesundheits- und Arbeitswesens betrafen und für zukünftige Entwicklungen richtungsweisend waren. In Artikel 23 der Völkerbundsatzung waren unter anderem die Herstellung und Aufrechterhaltung angemessener und menschlicher Arbeitsbedingungen verankert, die Überwachung von Drogen-, Waffen-, Munitionshandel und Prostitution sowie die Erleichterung der Handels- und Finanzbeziehungen. Hinzu kamen »internationale Maßnahmen zur Verhütung und Bekämpfung von

372 Wesel, Reinhard: Die UNO. Aufgaben und Arbeitsweisen, München 2019, S. 43.

373 Conze, Illusion, S. 249.

374 Wesel, UNO, S. 44.

Krankheiten«. <sup>375</sup> Zur Durchführung wurden alle bereits bestehenden internationalen Organisationen eingeladen, sich dem Völkerbund zu unterstellen (Artikel 24), aber auch neue Organisationen gegründet. Einen besonderen Stellenwert nahm dabei die 1919 gegründete Internationale Arbeitsorganisation (abgekürzt ILO für engl. *International Labour Organization*) ein, deren Satzung direkt in die Friedensverträge aufgenommen wurde (Teil XIII des Versailler Vertrages). Im Vordergrund stand »das körperliche, sittliche und geistige Wohlergehen der Lohnarbeiter« <sup>376</sup>, die damit erstmals »zum Subjekt als auch zum Adressaten internationaler Organisation« wurden. <sup>377</sup> Motiviert wurden die Gründung nicht zuletzt von der Sorge, schlechte Arbeitsbedingungen bürden die Gefahr eines revolutionären Umsturzes nach russischem Beispiel bzw. die Ausbreitung des Bolschewismus. <sup>378</sup> Damit führten erstmals »zwischenstaatliche Verträge das Programm der Gesellschaftsreform und der Sozialpolitik als Handlungsfelder in die internationale Politik ein«. <sup>379</sup> Obwohl Deutschland erst 1926 dem Völkerbund beitreten durfte, wurde es bereits 1919 Mitglied der ILO und ist es bis heute. Nach wie vor ist die ILO zuständig für die Formulierung und Durchsetzung internationaler Arbeits- und Sozialstandards – seit 1945 als Sonderkommission der UNO.

Denn nach seiner Auflösung übertrug der Völkerbund alle Dokumente, sein Vermögen und den Palast der Nationen der UNO (engl. *United Nations Organization*, dt. *Vereinte Nationen*), die sich bereits ab dem 26. Juni 1945 konstituiert hatte. Bei der Gründung der UNO hatte man auf die Grundidee des Völkerbundes als Instrument der internationalen Zusammenarbeit zur Gewährleistung der allgemeinen Sicherheit und des Friedens zurückgegriffen, bewährte Organe des Völkerbundes erhalten und gleichzeitig versucht, Schwächen und Probleme zu beseitigen. Parallelen zwischen Völkerbund und UNO sind nicht zu übersehen: Beide Organisationen gründen auf der Erfahrung eines Weltkrieges und der daraus erwachsenen Motivation, langfristige Friedenssicherung durch Kooperation zu garantieren. Auch Ansatz und Struktur ähneln sich in ihren idealtypischen Merkmalen <sup>380</sup>, außerdem

375 Friedensvertrag, S. 25f. (Artikel 24 der Völkerbundsatzung).

376 Friedensvertrag, S. 231.

377 Herren, Madeleine: Internationale Organisationen seit 1865. Eine Globalgeschichte der internationalen Ordnung, Darmstadt 2009, S. 61.

378 Förster, 1919, S. 108.

379 Conze, Illusion, S. 250.

380 Wesel, UNO, S. 45 fasst diese wie folgt zusammen: »Das im vorausgegangenen Krieg siegreiche Bündnis wird zu einem System der kollektiven Sicherheit unter Vorrang der Großmächte, die als ständige Mitglieder im entscheidungsmächtigsten Gremium sitzen; dabei bleibt die unantastbare Souveränität der einzelnen Staaten oberste Maxime, also auch das prinzipielle Verbot der Einmischung in deren innere Angelegenheiten; idealistisch wird Abrüstung beschworen und realistisch Rüstungsbegrenzung versucht; zum Konfliktaustrag ist friedliche Streiterledigung verpflichtend, durch Verhandlungen und/oder Schiedsgerichte; stützend werden Mechanismen für Entwicklung und Ausbau der Beziehungsgeflechte zw-

das Institutionengerüst: Die Generalversammlung aller Mitgliedstaaten, der Rat, das Sekretariat und der ständige Internationale Gerichtshof in Den Haag (seit 1920 dem Völkerbund und später der UNO zugeordnet, aber formal autonom) entsprechen sich als Organe des Völkerbundes und der UNO.

Als Dilemma beider Organisationen bleiben die Vorrechte der Großmächte: Sie beanspruchen eine ständige Mitgliedschaft und als Einzige das Vetorecht im Sicherheitsrat. Dies führt zu einem Spannungsverhältnis zwischen Sicherheitsrat und Generalversammlung, die sich auf der Grundlage der »souveränen Gleichheit« aller Mitgliedstaaten konstituiert.<sup>381</sup> Außerdem ist der Widerspruch zwischen dem Prinzip der Souveränität von Staaten und der Intervention (auch) durch eine übergeordnete Organisation nicht auszuräumen, solange die UNO einen Bund aus Nationalstaaten bildet (etwas anderes ist in absehbarer Zeit nicht vorstellbar).

Völkerbundspräsident Lord Robert Cecil beendete seine Abschlussrede an die Versammlung des Völkerbundes am Tag seiner Auflösung mit den Worten: »Der Völkerbund ist tot. Lang leben die Vereinten Nationen!« Die UNO ist, anders als der Völkerbund, trotz vielfacher Kritik bis heute nicht an den ihr auferlegten Erwartungen und Ansprüchen gescheitert, sondern leistet wichtige Arbeit zur internationalen Verständigung und Kooperation. Mit der Gründung des Völkerbundes als Vorgängerorganisation hatte ein neues Kapitel in der Geschichte der internationalen Ordnung begonnen.<sup>382</sup> Der Völkerbund schuf sowohl die ideellen als auch strukturellen, inhaltlichen und organisatorischen Bedingungen für eine internationale Kooperation, die über die klassische Diplomatie und Politik hinausreicht, und besitzt deshalb historische Relevanz, die bis in die Gegenwart reicht. Wie er in den ausgewählten Schulbüchern Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens und den USA dargestellt wird, zeigt die nachfolgende Analyse.

#### 4.5.1 Deutschland: Der Völkerbund – »Instrument der siegreichen Mächte«

Der Völkerbund nimmt in den Schulbüchern der vier Nationen einen unterschiedlichen Stellenwert ein. In Deutschland bleibt er im gesamten Untersuchungszeitraum ein recht abstraktes Gebilde, von dem das Narrativ, ein »Instrument der siegreichen Mächte« gewesen zu sein, durchgehend aufrechterhalten wird. Wilson als »Vater des Völkerbundes« wird im Vergleich zu den Büchern aus Großbritannien

---

schen den Staaten im wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bereich vorgesehen; dazu werden (eigenständige) Fachorganisationen eingerichtet; rhetorische Formeln dienen dem Bekenntnis zu hochstehenden moralischen Prinzipien und Zielen, insbesondere zur Achtung der Normen des Völkerrechts und der Menschenrechte.«

381 Ebd., S. 51.

382 Herren, Internationale Organisationen, S. 54.

und den USA nicht besonders hervorgehoben. Im gesamten Untersuchungszeitraum fällt in den deutschen Büchern außerdem die mangelnde Gegenwartsrelevanz auf. Die ILO wird lediglich in einem Schulbuch erwähnt (D<sup>9</sup>1928(2)), die UNO in keinem. Auf die Bedeutung der Völkerbundsmandate für die ehemaligen Kolonien wird, wenn überhaupt, in ein bis zwei Sätzen hingewiesen. Ihre langfristige Bedeutung für diese Staaten wird nicht thematisiert.

Während der Zwischenkriegszeit und im Nationalsozialismus wird der Völkerbund vor allem als Mittel nationalistischer Propaganda verwendet. 1928 wird in beiden Büchern im Zusammenhang mit dem Völkerbund und der Hoffnung auf Revision des Versailler Vertrages ein betont selbstbewusstes Deutschlandbild entworfen:

»Das deutsche Volk beginnt sich allmählich wieder zu erholen und als Großmacht zu gelten. Ein Volk, das wie das unsere der Welt schon so viel Segen gesendet hat und vielfach ihr Vorbild geworden ist, hat seine Rolle noch lange nicht ausgespielt. Es gilt das Wertvolle aus dem Erbe unserer Väter mit den Erfordernissen einer neuen Zeit glücklich zu verbinden.« (D<sup>9</sup>1928(2)/250)

Durch den positiven Bezug zur Vergangenheit und das Erinnern an vorangegangene Generationen und Erfolge im Schulbuch werden die Nachgeborenen in die moralische Verantwortung für die Gegenwart und die Zukunft eingebunden. Es geht hier um »eine Positionierung im historischen Verlauf und innerhalb kultureller Ordnungen«<sup>383</sup>, um »Stabilisierung«, »Selbstversicherung« und »Aufwertung« der eigenen Gruppe<sup>384</sup>. Nationalismus, Patriotismus und ein zukunftsweisender Appell an die junge Generation mit Bezug auf vorangegangene Generationen werden mit dem Gefühl potenzieller Bedrohung durch alles, was »von außen« kommt, verbunden. Insgesamt entsteht im Kontext des Völkerbundes der Eindruck, Deutschland könne sich weder auf den Bund selbst noch auf andere demokratisch verfasste Instanzen verlassen, sondern müsse sich auf die eigene Stärke bzw. die Stärke einzelner führender Personen besinnen, um ehemalige Größe und Einfluss zurückzugewinnen. Der Völkerbund dient vor allem als Vehikel, um diese Ansichten zu platzieren. Ihm wird »außerordentliche Bedeutung für die Zukunft« (D<sup>9</sup>1928(1)/148) zugesprochen, allerdings aus deutscher Sicht vor allem auf dem Weg zur Revision des Versailler Vertrages.

In den 1950er und 1960er Jahren werden dann primär die Schwächen und Mängel hervorgehoben (»Im ganzen [sic!] [...] blieb er ein Fehlschlag.«, D 1953/148), bevor sich ab den 1970er Jahren von dem Urteil der Mitlebenden sprachlich distan-

383 Hummrich, Merle: Kulturen der Aneignung: Bildungsforschung und die Aneignung von Vergangenheit, in: *Literatur in Wissenschaft und Unterricht* XLVI, 2/3 (2013), S. 233-251, hier S. 247.

384 Schörken, *Legitimation*, S. 25.

ziert wird. Allerdings wird auch keine Neubewertung oder Kontextualisierung vorgenommen. Rahmenbedingungen, Ziele und Prinzipien werden jedoch gegenüber den Schwächen nun stärker betont (D 1973/199: »Die Beurteilung des Versailler Vertrags und der Vorortverträge erfordert große Zurückhaltung. [...]«; D<sup>5</sup>1974/77: »Es gab gute Gründe für und gegen die Unterzeichnung«). In den 1990er und 2010er Jahren beschränken sich die Darstellungen des Völkerbundes auf wenige Sätze. Ab dieser Zeit kommt dem Völkerbund in der kollektiven Erinnerung offenbar nur noch ein lediglich marginaler Stellenwert zu.

#### 4.5.2 Frankreich: Briand statt Wilson

In den Schulbüchern der siegreichen Nationen variieren Umfang und Inhalt erheblich. In den französischen Büchern wird der Völkerbund stets nur im Kontext anderer Aspekte (als Ziel oder Bestimmung) und nie in einem eigenen Abschnitt oder Unterkapitel erwähnt (außer im Schulbuch von 1962), außerdem ist die Darstellung häufig recht oberflächlich und auf die wichtigsten Informationen beschränkt. Dabei wird in den meisten Schulbüchern das Schlichten von Konflikten als zentraler Zweck der so bezeichneten »gardienne du nouvel ordre international« (FR<sup>9</sup>1932/267) genannt, während in den USA vor allem das übergeordnete Ziel der Friedenssicherung betont wird. In Frankreich ist der Völkerbund nur namentlich mit Wilson verbunden, wenn er als dessen Ziel bzw. als einer der Vierzehn Punkte thematisiert wird. Dagegen werden in mehreren Schulbüchern französische Verfechter des Völkerbundes genannt: Aristide Briand, der »un grand rôle dans la S. D. N.« gespielt habe (FR 1962/404), in den Schulbüchern von 1952, 1962 und 1996, Léon Bourgeois 1984. Die Bedeutung des Völkerbundes wird offensichtlich über die gesamten hundert Jahre hinweg in Frankreich nicht besonders hoch eingeschätzt. Es erfolgt keine umfassende differenzierte Bewertung oder Einordnung in den historischen Kontext. Einzig im Schulbuch von 1971 wird er als Vorläufer der UNO bezeichnet (FR 1971/190), jedoch ohne weitere Erklärung oder Begründung. 2017 bleibt dann nur noch ein einziger Satz: »Signé le 28 juin 1919, le traité de Versailles annonce la création d'une Société des nations pour garantir le paix mondiale.« (FR 2017/57) Auch in den 2010er Jahren wird dem Völkerbund im französischen Gedächtnis kaum Bedeutung zugemessen.

#### 4.5.3 Großbritannien: Hoffnung auf Demokratie und Zusammenarbeit

Die Bücher aus Großbritannien stehen dazu in deutlichem Gegensatz. In ausnahmslos allen wird der Völkerbund zunächst als Hauptziel Wilsons vorgestellt und später in einem eigenen Abschnitt oder Unterkapitel aufgegriffen und umfangreich erläutert (der Umfang beträgt zwischen zwei und acht (!) Seiten). Bis in die 1960er Jahre wird der Völkerbund dabei nicht nur als Instrument der Kon-

fliktlösung und Friedenssicherung bezeichnet, sondern als Mittel zur Förderung der Demokratie und Kooperation, wobei in einigen Schulbüchern sogar ausdrücklich an die Nationen appelliert wird, international zusammenzuarbeiten (GB 1931, 1965). 1965 werden Überheblichkeit, Nationalismus und Eurozentrismus in dem Kapitel zum Völkerbund ausdrücklich benannt und kritisiert:

»Though by 1924 50 states had joined, it remained a League of *some* nations, not of *all* nations. In addition, its aims and policies were mainly European. [...] For the Japanese, and for two thirds of the people of the world, the League stood for white supremacy.« (GB 1965/27)

Damit ist das britische Schulbuch des Jahres 1965 das erste Buch, das dieses Grundproblem der Friedensverträge nach dem Ersten Weltkrieg thematisiert. In allen anderen Büchern (international!) hingegen wird dieses Bild unreflektiert weitertransportiert, indem in ihnen die Perspektiven außerhalb (West-)Europas und der USA gänzlich ausgespart bleiben oder lediglich am Rand erwähnt werden.

In allen britischen Schulbüchern ab der Nachkriegszeit werden außerdem zukunftsweisende humanitäre Errungenschaften wie der Internationale Gerichtshof (*International Court of Justice*), die Internationale Arbeitsorganisation (*International Labour Organization*, ILO), das Internationale Rote Kreuz oder das Weltgesundheitskomitee (heute WHO) genannt und positiv bewertet. 1975 heißt es zusammenfassend: »Most of the constructive work of the League of Nations was achieved by these special commissions.« (GB 1975/59) Aber auch Probleme, Schwächen und Misserfolge des Völkerbundes fließen stets umfangreich in die Darstellungen ein. Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg wird der Völkerbund abschließend als gescheitert bewertet: »[I]t could not achieve ›international peace‹, or prevent the second World War.« (GB 1949/208) 1965 ist die Bewertung differenzierter und stimmt im Großen und Ganzen bereits mit den heutigen wissenschaftlichen Einschätzungen überein:

»In the 1930s it failed, time and again, to halt the attacks of a great power upon weak and defenceless people. Most obviously, it failed to prevent the Second World War. Yet we cannot blame the League of Nations for these failures. The League, itself, could do nothing. [...] Only its members could act, and its members were nations. As long as nations acted only in their own interests, and ignored the demands of peace, the League was paralysed. It had a voice to protest, but not a finger to rise. Faced with the problems of war-torn Europe, it was almost helpless.« (GB 1965/29)

Ab den 1960er Jahren wird in den britischen Büchern außerdem Kritik am anhaltenden Nationalismus und Eurozentrismus sowie am europäischen Führungsanspruch laut (1965, 1975, 1996). Im Sinne der Multiperspektivität werden bereits 1941 auch die Mandatsgebiete thematisiert, die auf einer Weltkarte eingezeichnet sind,

und ab der Nachkriegszeit dann auch das Mandats Committee zur Verwaltung der Völkerbundsmandate (GB 1949, 1975, 1982). In den Schulbüchern aller anderen Nationen werden die Kolonien, denen nach dem Ersten Weltkrieg nicht die Unabhängigkeit zugestanden wurde, sondern als Mandaten die Unterordnung unter die Verwaltung des Völkerbundes abverlangt wurde, kaum oder überhaupt nicht erwähnt.

Insgesamt ist die Darstellung des Völkerbundes in den britischen Schulbüchern sehr umfangreich und verhältnismäßig differenziert. Der Idee des Völkerbundes entsprechend werden übergeordnete Ziele, Organisationen, Probleme und Errungenschaften thematisiert und bewertet. Neben Wilson werden im Unterschied zu den französischen und US-amerikanischen Büchern mit Robert Cecil (GB 1949, 1965), Eric Drummond (GB 1949, 1965, 1975), Jan Smuts (GB 1965, 1982), Albert Thomas (Direktor der ILO) (GB 1965) und Fridtjof Nansen (Delegierter und Hochkommissar für Flüchtlingsfragen) (GB 1965, 1982) einflussreiche Personen nicht nur der eigenen Nation genannt. Auch daran wird eine übergeordnete und mehrdimensionale Perspektive deutlich. In allen britischen Schulbüchern zeigen sich entweder das Vertrauen in und die Hoffnung auf den Völkerbund (vor 1945) oder die grundsätzliche Wertschätzung einer internationalen Organisation zur Zusammenarbeit und Konfliktbewältigung (nach 1945). Lediglich die Bedeutung des Völkerbundes als Vorläufer der UNO und sein inhaltlicher Fortbestand auf vielen Gebieten dieser Organisation werden nur im Schulbuch von 1996 kurz erwähnt. Die Verbindung zwischen Vergangenheit und Gegenwart hätte die zumeist sehr umfangreichen Darstellungen gerechtfertigt und den Stellenwert der Erinnerung an den Völkerbund transparent gemacht.

#### 4.5.4 USA: Wilson und der Völkerbund als US-amerikanisches »Basisnarrativ«

In den US-amerikanischen Schulbüchern wird das bereits beschriebene Bild von Wilson als »champion of a peace without vengeance« in Abgrenzung zu den Alliierten (»determined to take the full measure of their vengeance«, USA 1931/661) auch in dem Abschnitt zum Völkerbund entworfen. In der Zwischenkriegszeit zeigen sich auf den Schulbuchseiten, auf denen der Völkerbund thematisiert wird, weder Reflexion noch Kritik. 1931 wird neben einem Fotoporträt Wilsons die Vorstellung von dem leidenschaftlich für den Frieden kämpfenden Präsidenten heraufbeschworen:

»No one voiced this desire [to establish a permanent method of dealing with the scourge of war] so ardently, so eloquently, and so insistently as did President Wilson. All during the war Wilson continually championed the idea of a league of nations whose chief object would be to maintain peace.« (USA 1931/664)

Wie in den britischen und den französischen Schulbüchern der gleichen Zeit erscheint auch im US-amerikanischen der Friedenserhalt als übergeordnetes Ziel. Im französischen Buch wird die Hoffnung auf langfristigen Frieden an einen schnellen Wiederaufbau geknüpft, im britischen erfolgt ein Appell zur Zusammenarbeit der Nationen. Die USA setzen ganz auf den Völkerbund. Potenzielle Kritik an der Auswahl der Mitglieder, dem Ausschluss Deutschlands und der Sowjetunion und der Nichtmitgliedschaft der USA wird dadurch umschifft, dass der Abschnitt über die Mitgliedschaft sehr vage formuliert ist und inhaltlich auf theoretischer Ebene verbleibt.

Obwohl die Ablehnung des Versailler Vertrages durch die USA in der Forschung teilweise als »einer der Schlüsselmomente des 20. Jahrhunderts« angesehen wird<sup>385</sup>, da die Weltgeschichte garantiert anders verlaufen wäre, wenn sich die USA zur Garantimacht der Versailler Friedensordnung gemacht hätten, werden die Folgen der Zurückweisung des Versailler Vertrages mitsamt des Völkerbundes durch den US-Senat im Schulbuch nicht ausgeführt. Gewiss kann im Jahr 1931 das Ausmaß dieser Entscheidung noch nicht gänzlich abgeschätzt werden, andererseits wäre erwartbar gewesen, dass die Ablehnung des Werkes eines im Schulbuch bislang so hochgelobten Mannes nicht unbewertet bleibt. Die Unsicherheit darüber, ob der Völkerbund abzulehnen oder anzunehmen sei, wurde nach dem Friedensschluss auch im US-Senat deutlich. Kontrovers diskutierten die Abgeordneten dabei vor allem die grundsätzliche Frage, ob die USA ihre außenpolitischen Ziele in der Zusammenarbeit mit anderen Staaten (*multilateral*) oder im Alleingang (*unilateral*) verfolgen sollten. Schließlich setzten sich diejenigen Abgeordneten durch, die im Gegensatz zu Wilson vor allem auf unilaterale Strategien setzten, um mithilfe der US-amerikanischen Wirtschaftskraft zur Befriedung der Welt beizutragen, die eigene Handlungsfreiheit dabei aber nicht zu sehr einzuschränken.<sup>386</sup> Die Frage nach einer grundsätzlichen Haltung der USA, die nach dem Ersten Weltkrieg auf internationale Zusammenarbeit im Sinne der eigenen – vor allem wirtschaftlichen – Interessen setzten, wird im Schulbuch nicht diskutiert. Es bleiben Wilsons strahlende Ideale, die den Anspruch der USA, Vorbild für die Welt zu sein, verkörpern. Eine unmittelbare Reflexion über die Umsetzung und Bedeutung des Völkerbundes erfolgt nicht.

Im Buch der Nachkriegszeit fällt vor allem der Einsatz eines besonderen rhetorischen Mittels zur Herstellung des Nationalgefühls auf. Es wird nun nicht mehr *über* die eigene Nation oder Bevölkerung berichtet (dritte Person Singular bzw. Plural); stattdessen wird die historische und sachliche Distanz aufgehoben und in kurzen, aufeinanderfolgenden Sätzen die Begründung für die Nichtannahme des Völkerbundes durch die USA in der ersten Person Plural formuliert:

---

385 Depkat, USA, S. 193.

386 Ebd.

»We decided to let Europe fry in her own hatreds. We did not trust the League of Nations. We feared that the League would find excuses to interfere in our own American affairs. We were afraid that we might be called upon to act as policeman for the entire world. We might have accepted the League of Nations with certain changes.« (USA 1950/460)

In derselben Weise werden zwei weitere Passagen des letzten Abschnittes formuliert, außerdem lautet die Begründung für den nationalen Rückzug im Fazit:

»As we have seen, we had years of prosperity and then of depression. We tried repeatedly to avoid being entangled in foreign affairs. [...]« (USA 1950/461).

Die mehrmalige Änderung des Personalpronomens hin zum »Wir« schafft gerade in Bezug auf die Nichtannahme des Völkerbundes Verständnis für die Überlegungen und Entscheidungen der US-amerikanischen Mitlebenden und spricht das Nationalgefühl an. Dadurch wird es erschwert, Kritik an dem Vorgehen der eigenen Regierung und Bevölkerung im Umgang mit dem Völkerbund zuzulassen und über alternative Handlungswege nachzudenken. Je enger sich die Lernenden an die eigene Nation gebunden fühlen, desto schwieriger wird eine distanzierte Reflexion von Gegenwärtigem, aber auch Vergangenen. Dass Kritik an der eigenen Nation im vorliegenden Schulbuch durchaus nicht erwünscht ist, zeigen zudem der Mangel an ausführlichen Begründungen, kritischen Anmerkungen und Anregungen zur Diskussion sowie das Fehlen multiperspektivischer Darstellungen. Indem ein »Wir« geschaffen wird, wird suggeriert, es müsse auch noch eine andere Seite geben. Wer nicht in den inneren Kreis gehört, bleibt als »Die (anderen)« außen vor. Die Formulierung im Schulbuch zeigt, dass lediglich die Perspektive der eigenen Nation während der Friedensverhandlungen nachvollzogen und ein möglichst positives und nahezu kritikfreies nationales Selbstbild geschaffen werden soll.

Nach 1968 verschiebt sich in den US-amerikanischen Schulbüchern innerhalb des jeweiligen Kapitels zum Versailler Vertrag (und den anderen Friedensschlüssen, sofern sie erwähnt werden) der Schwerpunkt weiter in Richtung der Entwicklungen in den USA, wodurch Wilson und dem Völkerbund noch mehr Gewicht zukommt. Häufig zeigt sich eine Verflechtung dieser beiden Hauptaspekte mit allen anderen Aspekten durch das gesamte Kapitel hindurch: Zuerst wird der Völkerbund als *Ziel* Wilsons und wichtigster der Vierzehn Punkte benannt, dann erscheint er häufig noch einmal unter den *Bestimmungen* des Versailler Vertrages, am Schluss folgen die *Reaktionen* auf den Völkerbund sowie seine Entwicklung und Bedeutung (zumeist im Rahmen der US-amerikanischen Innenpolitik). Die Zurückweisung des Versailler Vertrages und des Völkerbundes durch den US-Senat und die Bevölkerung der USA werden dabei in verhältnismäßig umfangreicher Form thematisiert. Dabei werden in den US-amerikanischen Schulbüchern die Ereignisse lediglich wiedergegeben, während in den europäischen Schulbüchern der Nichteintritt

der USA größtenteils als Schwäche bewertet wird. Die Hintergründe erscheinen als Legitimation der Zurückweisung und nicht als Kritik oder Teil einer allgemeinen Bilanzierung über den Erfolg und Misserfolg des Völkerbundes. Es scheint, als müsse das Gesicht Wilsons gewahrt bleiben, nachdem die Identifizierung mit ihm und der Eindruck seiner moralischen Überlegenheit nicht zuletzt über die Darstellung in den Schulbüchern den Nationalismus befeuerten und Teil des nationalen Gedächtnisses geworden sind. Dies erschwert folglich die Kritik am Völkerbund und vor allem an der Ablehnung durch die eigene Politik und Bevölkerung und behindert zudem die Herausarbeitung der Errungenschaften des Völkerbundes, die sich nicht vorwiegend auf dem Gebiet der Friedenssicherung zeigten, sondern im humanitären und sozialen Bereich. Offensichtlich befinden sich die USA bezüglich der Positionierung zum Völkerbund in einer schwierigen Lage, die sie durch die Art und Weise der Eigendarstellung, die sich auch in den Schulbüchern über die Jahre hinweg zeigt, selbst geschaffen haben: Wilson wurde bereits zu Lebzeiten als ideell und moralisch außergewöhnlich integer inszeniert, der Völkerbund als das Mittel zur Sicherung eines ewigen Friedens schlechthin gefeiert. Schlussendlich waren die USA dann jedoch kein Teil des Bundes und ihr Einfluss in Europa beschränkte sich in der Zwischenkriegszeit vor allem auf wirtschaftliche Beziehungen. Die Verantwortung für das Scheitern des Bundes wird in den Schulbüchern deshalb zunächst den europäischen Mächten zugeschoben:

»Idealists who shared Wilson's hope that the war would be followed by an era of peace and justice forgot the passions of men. The peoples in the Allied countries did not want justice, they wanted vengeance.« (USA 1963/506)

Später verschiebt sich die Darstellung verstärkt auf die Ebene der Information und Rechtfertigung – weitgehend ohne Kritik und Reflexion.

#### 4.5.5 Fazit und internationale Vergleiche

Die mangelnde Verbindung zwischen Vergangenheit (Völkerbund) und Gegenwart (aus dem Völkerbund hervorgegangene internationale Organisationen) ist den Schulbüchern aller Nationen gemein. In Deutschland wird sie in keinem Buch erwähnt, in Frankreich, Großbritannien und den USA erfolgt lediglich an zwei kurzen Stellen ein Verweis auf die UNO (USA 1971, 1995). In den beiden Büchern geschieht dies im Aufgabenteil und indirekt durch die Frage nach einer modernen Organisation als Parallele zum Völkerbund. Das Wissen um die Existenz und die Aufgaben der UNO wird dabei einfach vorausgesetzt, außerdem werden die Lernenden nicht dabei unterstützt, die Fortentwicklung vom Völkerbund zur UNO nachzuvollziehen und somit die Stärken und Errungenschaften zu erkennen. Das Buch von 1931 ist das einzige US-amerikanische, in dem der *Permanent Court of Justice*, die *International Labour Organization* und weitere Einrichtungen genannt

werden, ansonsten beschränken sich die Darstellungen auf die Bedeutung des Völkerbundes für die traditionelle Diplomatie und sparen die soziale und humanitäre Funktion aus. Dabei wird der Völkerbund viel stärker mit Wilson als Person und der US-amerikanischen Innenpolitik verknüpft als mit der Funktion eines internationalen außenpolitischen Instruments der Zusammenarbeit und Friedenssicherung. Bis in die 1960er Jahre hinein wird Wilson dabei in Abgrenzung zu den europäischen Staaten dargestellt, der als Vertreter einer siegreichen Nation nicht nur die militärische und wirtschaftliche Macht der USA, sondern als »champion of a peace without vengeance« (USA 1931/661) auch die moralische Überlegenheit verkörpert. Schwächen und Probleme des Völkerbundes werden folglich auf das Streben der Alliierten nach Rache und Bestrafung zurückgeführt (USA 1931, 1950, 1963).

Insgesamt zeigt sich eine sehr unterschiedliche Verankerung des Völkerbundes in den Schulbüchern und kollektiven Gedächtnissen der verschiedenen Nationen, was vor allem vor dem Hintergrund verwundert, dass seit der Nachkriegszeit internationale Schulbuchgespräche mit dem Ziel europäischer und internationaler Annäherung und Gemeinschaft erfolg(t)en und gerade der Völkerbund und die UNO als Instrumente internationaler Friedenssicherung als positives Beispiel einer derartigen Annäherung und Zusammenarbeit gelten und kollektiv angeführt werden könnten. Während in Deutschland das Narrativ von einem Völkerbund als Instrument der siegreichen Mächte aufrechterhalten wird, liefert Frankreich zumeist eine kurze Erklärung mit den wichtigsten Begrifflichkeiten. Großbritannien zeigt das Bild eines einflussreichen Instruments der Zusammenarbeit mit Potenzial im diplomatischen, humanitären und sozialen Bereich. Der Umfang der Darstellung steht dabei durch den meist fehlenden Gegenwartsbezug nicht ersichtlich im Verhältnis zur langfristigen Bedeutung des Völkerbundes, die in den meisten Fällen nicht reflektiert wird. In den USA, wo der Völkerbund durch den Nicht-Eintritt inhaltlich am wenigsten Wirkung entfalten konnte, wird ihm auf der symbolischen Ebene am meisten Bedeutung zugeschrieben. Er dient zumeist als Instrument zur Inszenierung Wilsons, seiner Ideale des Weltfriedens und der Demokratie und der moralischen Überhöhung der USA.

Eine Gemeinsamkeit zwischen allen Büchern der unterschiedlichen Nationen besteht darin, dass die Bedeutung des Völkerbundes kaum in der Geschichte verortet wird. Es wird nahezu ohne Heute-Bezug an den Völkerbund als etwas Vergangenes erinnert, obwohl die Verbindung zur Gegenwart durch die Funktion des Völkerbundes als Vorgängerorganisation der UNO, die bis heute besteht, eindeutig gegeben ist. Auch die Bedeutung der Völkerbundsmandate für die (ehemaligen) Kolonien wird nicht reflektiert, obwohl diese mit einer »Veränderung des kolonialen Legitimationsdiskurses« einhergingen und zur allmählichen »Aushöhlung« und

schließlich zur Überwindung der Kolonialherrschaft beitragen.<sup>387</sup> Die Bedeutung des Völkerbundes wird auf diese Weise entweder marginalisiert oder lediglich zur positiven Eigendarstellung instrumentalisiert. Die Perspektive beschränkt sich dabei vor allem auf Wilson als »Vater des Völkerbundes« und diejenigen Nationen, die einen ständigen Sitz im Völkerbundsrat innehatten. Damit wird das Narrativ bestätigt, dessen Grundlagen bereits bei der Gründung des Völkerbundes kritisiert worden waren: Damals hatten sich die dominierenden Mächte den Vorwurf eingehandelt, die Mächtekonstellation und die westlich-europäische Dominanz der Vorkriegs- und Kriegszeit weiterzuführen.<sup>388</sup>

---

387 Zimmerer, *Selbstbestimmung*, S. 146, 158.

388 Conze, *Illusion*, S. 204ff.

